

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 16. November 2015

Staatskanzlei

3 2015.RRGR.302 Motion 084-2015 Knutti (Weissenburg, SVP) Mehr Gehör für den alpinen Raum Richtlinienmotion

Vorstoss-Nr.: 084-2015
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 16.03.2015

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP) (Sprecher/in)
 von Känel (Lenk i.S., SVP)
 Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)
 Berger (Aeschi, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

RRB-Nr.: 1011/2015 vom 26. August 2015
Direktion: Staatskanzlei

Mehr Gehör für den alpinen Raum

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) die Mitgliedschaft zu beantragen.

Begründung:

Die Alpen sind für die Schweiz identitätsstiftend und sind weit mehr als ein blosses Instrument für Marketingstrategien. Der Alpenraum im Kanton Bern ist starken Veränderungen der Rahmenbedingungen ausgesetzt. Arbeitsplätze werden aufgelöst und in den Agglomerationen konzentriert. Viele Bewohner des Mittellandes sehen den alpinen Raum als Ausgleichs- und Erholungsraum und weniger als Lebens- und Wirtschaftsraum, was wiederum den Handlungsspielraum einengt und sich negativ auf die Volkswirtschaft auswirkt.

Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) will vielfältiges Leben, Wirtschaft und Kulturraum mit lebendigen Regionen und einem hohen Mass an Selbstbestimmung im alpinen Wohnraum stärken – so die neue Strategie der RKGK. Auslöser dieser neuen Strategie war das neue Raumkonzept der Schweiz, das unter anderem auch den Kanton Bern betrifft.

Die RKGK beschäftigt sich mit Themen wie der Raumordnung, dem Tourismus, Energie, Finanzen, Verkehr und Aussenpolitik. Es ist unseres Erachtens unbestritten, dass diese Themen auch für den Gebirgskanton Bern von hoher Wichtigkeit sind und eine Mitgliedschaft im RKGK nur Vorteile bringen würde. So könnten Dauerthemen wie die Erschliessung der Alpen mit Verkehrs- und Telekommunikationsmittel oder die Nutzung von Wasserkraft besprochen und Synergien genutzt werden.

Antwort des Regierungsrats

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei der Richtlinienmotion einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Der Grosse Rat hat sich bereits einmal mit der Frage einer allfälligen Mitgliedschaft des Kantons Bern in der RKGK befasst: Am 6. September 2004 hat er die Motion 037-2004 von Allmen (Der

Kanton Bern ist unter anderem auch ein Gebirgskanton!) abgelehnt, die den Regierungsrat beauftragen wollte, die Mitgliedschaft in der RKGK zu beantragen. Der Regierungsrat hatte die Motion zur Ablehnung empfohlen, weil eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Mitgliedskantonen der RKGK für den Kanton Bern zielführender ist als eine Mitgliedschaft. Ausserdem hätte eine Mitgliedschaft zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen gebunden.

Die Situation hat sich aus Sicht des Regierungsrats seither nicht wesentlich verändert – trotz dem vom Motionär erwähnten neuen Raumkonzept Schweiz und der dadurch ausgelösten strategischen Neuorientierung der RKGK. Als heterogener Kanton mit vielfältigen Strukturen kennt der Kanton Bern zwar die gebirgsspezifischen Anliegen und Interessen. Die RKGK nimmt in diesen Themen eine wichtige Koordinationsfunktion wahr. Gerade das Raumkonzept Schweiz zeigt aber auch auf, dass alpine Handlungsräume eine andere strategische Stossrichtung aufweisen als grossstädtisch geprägte Handlungsräume, zu denen die Hauptstadtregion Schweiz mit dem Kanton Bern gehört.

Die Frage, ob der Kanton Bern die Mitgliedschaft bei der RKGK beantragen soll, muss zudem im Lichte des Gesamtkontextes der Aussenbeziehungen des Regierungsrats beurteilt werden. Diese haben zum Ziel, die Interessen des Kantons Bern gegenüber dem Bund, den anderen Kantonen und dem Ausland wirksam zu vertreten. Dabei soll – neben der Bedeutung des Alpenraums – der besonderen Stellung des Kantons Bern als Brückenkanton zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz, als politisches Zentrum des Landes und als bedeutender Wirtschaftsstandort Rechnung getragen werden.

Ein wichtiges Instrument stellt die interkantonale Zusammenarbeit dar. Gegenwärtig ist der Kanton Bern Mitglied der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK), assoziiertes Mitglied der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) sowie Mitglied von gesamtschweizerischen und regionalen Direktorenkonferenzen. Zudem wirkt er als Mitglied des arcjurassien.ch an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Jurabogen mit. Ergänzend dazu arbeitet der Kanton Bern mit weiteren Kantonen in Bereichen zusammen, in denen gemeinsame Interessen bestehen.

Der Regierungsrat vertritt die Auffassung, dass der Kanton Bern in der interkantonalen Zusammenarbeit gerade auch auf Stufe Regierungsrat genügend breit abgestützt ist, um durch Koalitionsbildungen seine Interessen wahrzunehmen. Dies zeigt der vom Grossen Rat am 3. Juni 2015 einstimmig zur Kenntnis genommene «3. Bericht über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern» auf. Zielführender als weitere dauerhafte Bindungen ist eine punktuelle Zusammenarbeit mit Kantonen und Konferenzen. Das Beispiel Zweitwohnungsgesetz zeigt, dass dieses pragmatische Vorgehen auch für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedskantonen der RKGK Früchte trägt. Der Regierungsrat weist ferner darauf hin, dass eine Mitgliedschaft in der RKGK jährliche Betriebs- und Projektkosten und einen erhöhten Personalaufwand nach sich ziehen würde.

Aus all diesen Gründen beabsichtigt der Regierungsrat nicht, eine Mitgliedschaft bei der RKGK zu beantragen. Er beantragt daher dem Grossen Rat, die Motion abzulehnen.

Der Regierungsrat beantragt:

Ablehnung

Präsident. Wir kommen zur Motion von Herrn Grossrat Knutti. Es handelt sich um eine Richtlinienmotion, daher beraten wir in reduzierter Debatte.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Der Alpenraum im Kanton Bern ist seit längerer Zeit starken Veränderungen der Rahmenbedingungen ausgesetzt. Arbeitsplätze werden aufgelöst und in den Agglomerationen konzentriert. Viele Bewohner des Mittellandes sehen den alpinen Raum als Ausgleichs- und Erholungsraum, und weniger als Lebens- und Wirtschaftsraum, was wiederum den Handlungsspielraum einengt und sich negativ auf die Volkswirtschaft auswirkt. Mir ist bewusst, dass dieser Vorstoss im Jahr 2004 bereits einmal im Grossen Rat behandelt wurde. Auslöser für die vorliegende Motion war aber das neue Raumkonzept Schweiz. Die alpinen Räume und deren Bedürfnisse gehen dabei eben leider gerne vergessen. Die räumliche Strategie der alpin geprägten Räume der Schweiz der RKGK sieht vier Handlungsfelder vor. Erstens sollen die naturgebundenen Qualitäten und Ressourcen erhalten und nachhaltig genutzt werden. Projekte mit Ausstrahlung sollen auch ausserhalb der Bauzone möglich sein. Die Strategie sieht zweitens auch die Stärkung der alpinen Zentren vor. Weiter soll für jedes Tal ein Zentrum definiert werden. Dieses diene als Motor und müsse mit den grösseren Motoren innerhalb und ausserhalb der Alpen vernetzt werden. Der dritte Punkt betrifft die Erschliessung der Alpen mit Verkehrs- und Kommunikationsmitteln. *(Da die Lampe am Rednerpult blinkend das Ende der Redezeit signalisiert, hält der Redner etwas über-*

rascht inne.) Ist die Zeit schon zu Ende? – Na, in dem Fall ... (*Heiterkeit*) Ich bitte Sie, den Vorstoss zu unterstützen.

Präsident. Wir führen eine reduzierte Debatte, dabei haben alle zwei Minuten Redezeit.

Stefan Costa, Langenthal (FDP). Die RKGK umfasst im Moment sieben Kantone, es ist also nicht der gesamte Alpenraum darin vertreten. Insbesondere sind es neben Bern die Kantone Schwyz, Freiburg, Waadt oder auch St. Gallen, die nicht dabei mitmachen. Es handelt sich um ein Anliegen, das bei der FDP sicher auf eine gewisse Sympathie gestossen ist. Ein Beitritt des Kantons Bern würde dieser Regierungskonferenz sicher ein deutlich höheres Gewicht verleihen und sie substantiell stärken. Im Moment sind etwa eine Million Schweizerinnen und Schweizer darin zusammengefasst. Mit Bern wären es dann etwa zwei Millionen. In der Fraktion sind aber drei Fragen aufgetaucht. Erstens: Mit einem Beitritt senden wir das Signal aus, wir seien ein ländlicher, alpiner Kanton. Gibt das allfällige Schwierigkeiten beim Verhältnis der Hauptstattdregion zu den Metropolitanregionen? Die zweite Frage ist, was an Kosten und Aufwand ausgelöst würde. Und die dritte, wichtigste Frage lautet: Könnte ein Beitritt allenfalls die Stellung der SAB, der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete schwächen? Gibt es dort allenfalls Punkte, die sich entgegenstehen würden? Das ist nämlich eine sehr gute und schlagkräftige Organisation, bei der sämtliche Berner Bergregionen Mitglied sind. Fazit: Die FDP-Fraktion ist geteilter Meinung. Ein Teil wird den Vorstoss unterstützen, ein Teil nicht. Mein Vorschlag an den Motionär wäre, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln. Dann kann man das Anliegen gemeinsam mit der SAK prüfen – und vielleicht auch zusammen mit dem Regierungsrat, der sich einer vertieften Antwort bisher nämlich noch etwas entzogen hat. Wandle den Vorstoss!

Philippe Messerli-Weber, Nidau (EVP). Die EVP-Fraktion geht mit den Motionären darin einig, dass der Alpenraum vor grossen Herausforderungen steht. Er soll und darf nicht zu einem reinen Ausgleichs- und Erholungsraum für die Unterländer und die Touristen degradiert werden. Vielmehr soll er weiterhin ein vitaler Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum bleiben und sich nachhaltig weiterentwickeln können. Die RKGK könnte deshalb gerade für das Oberland eine wichtige Türöffnerin und Plattform sein, um wichtige gebirgsspezifische Problemstellungen vernetzt anzugehen und auch besser gegen aussen zu vertreten. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der neuen Strategie, welche die RKGK aufgrund des neuen Raumkonzepts Schweiz verfolgt. Trotzdem lehnt die EVP-Fraktion eine Teilnahme des Kantons Bern in der RKGK ab. Weshalb dies? Der dritte Bericht zu den Aussenbeziehungen des Kantons Bern hat uns allen vor Augen geführt, dass unser Kanton schon in sehr vielen interkantonalen Gremien vertreten ist. Wie die Regierung ist die EVP der Meinung, dass ein Beitritt zu einer weiteren Regierungskonferenz nicht zielführend und nötig ist. Manchmal ist weniger mehr. Es gilt, nicht unnötig Kräfte zu verzetteln und Ressourcen zu binden, sondern vielmehr die Interessen gezielt und effizient einzubringen und wahrzunehmen. Der Kanton Bern ist mit den bestehenden interkantonalen Gefässen und Beziehungen genügend breit abgestützt, um durch direkte Kontakte und Koalitionsbildungen mit anderen betroffenen Kantonen auch gebirgsspezifische Interessen gezielt zu vertreten. Die EVP-Fraktion lehnt die Motion deshalb ab.

Christoph Ammann, Meiringen (SP). Thomas Knutti hat es bereits angetönt: Der Vorstoss ist ja eigentlich ein Recyclingprodukt, und Recycling kommt in der Regel in unserer Partei nicht schlecht an. Dies vor allem dann nicht, wenn es sich um einen Vorstoss von uns handelt, der recycelt wird. Er stammt nämlich von Emil von Allmen und trug damals den Titel: «Der Kanton Bern ist unter anderem auch ein Gebirgskanton». Dieser Vorstoss wurde im September 2004 mit 96 zu 7 Stimmen abgelehnt. Die SVP-Fraktion unterstützte ihn damals nicht. Die Ausgangslage ist nach unserem Dafürhalten immer noch dieselbe wie vor elf Jahren. Die Regierung zeigt das auch auf. Sie stellt sich selber auf den Standpunkt, der Kanton Bern sei bereits gut vernetzt, und man könne die Aufgaben und Anliegen innerhalb der Gremien, in denen man jetzt bereits tätig ist und die man schon jetzt hat, im Sinne der Berggebiete wahrnehmen. Die Regierung stellt dann auch gewissermassen eine Art Verhältnisfrage und weist in diesem Zusammenhang auf den Aufwand hin. Einfach so viel dazu: Der Aufwand für eine Mitgliedschaft beträgt jährlich 1000 Franken. Weitere Kosten fallen dann an, wenn man sich im Rahmen von Projekten engagiert.

Eine Minderheit unserer Fraktion teilt die Haltung der Regierung und lehnt den Vorstoss ab. Eine grössere Mehrheit aber sieht in erster Linie Chancen darin: Beispielsweise die Chance, dass man sich in Berggebietsfragen gegenüber dem Bund besser positionieren könnte, dass mit dem Beitritt

eines grossen Kantons zu dieser RKGK auch das Gewicht dieses Gremiums grösser wird, oder dass man als grosser Kanton auch grössere Projekte mitgestalten und mitbestimmen kann. Und schliesslich wäre es auch ein Zeichen gegen innen, gegenüber dem Berner Oberland, dass man die Anliegen des alpinen Raums wahrnimmt, sie ernst nimmt und dass man sich für den ländlichen, alpinen Raum engagiert. Eine Mehrheit der Fraktion unterstützt deshalb den Vorstoss.

Präsident. Ich begrüsse an dieser Stelle die 9. Sekundarschulklasse der Balainen-Schule aus Nidau auf der Tribüne des Grossratssaals. Ich wünsche Ihnen einen guten Aufenthalt hier, herzlich willkommen. (*Applaus*)

Blaise Kropf, Bern (Grüne). Drei Bemerkungen vonseiten der Grünen. Zunächst einmal ist es ja weiss Gott kein strategisches Jahrhundertgeschäft, das wir hier beraten. Man kann hier mit Fug und Recht zwei Positionen vertreten. Die zweite Bemerkung: Wir sind der Meinung, Politik werde nicht in erster Linie über die Einsitznahmen in möglichst vielen Konferenzen und möglichst vielen zusätzlichen Gremien gemacht. Oder anders formuliert: die Stärkung des Kantons Bern wird sich nicht daran entscheiden, ob und wann der Kanton Bern in weiteren Konferenzen und Gremien Einsitz nimmt. Und – um dies noch anzuhängen – es ist ja vielleicht gewissermassen ein wenig Ironie des Schicksals, dass dieser Vorstoss ausgerechnet von der Partei kommt, in der man sich sonst mit Vehemenz stark macht für eine schlankere Verwaltung, für weniger Personal und für weniger Verwaltungsaufwand. Die Folge dieses Vorstosses wird aber in erster Linie die sein, dass der Kanton Bern hier weiteren administrativen Aufwand mit relativ bescheidenem Nutzen generieren wird. Ein dritter Punkt ist uns sehr wichtig. Der Kanton Bern ist ein sehr vielfältiger Kanton. Er hat einen wichtigen Teil mit dem Alpen- und Berggebiet, er hat aber auch einen sehr hohen Anteil im Mittelland und ebenfalls einen beträchtlichen Kantonsteil im Jura, mit den Juraregionen. Wir sind überzeugt, was den Kanton weiterbringen wird, sei nicht eine einseitige Fokussierung, sondern ein Brückenschlag über die verschiedenen Regionen hinweg. Aus dieser Sicht sind wir überzeugt, es sei für den Kanton Bern nicht weiterführend, sich hier einer weiteren solchen Konferenz anzuschliessen. Wir sind überzeugt, dass eine punktuelle, projektbezogene Zusammenarbeit, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, für den Kanton hier weiterführender ist. Deshalb empfehlen wir Ihnen, den Vorstoss abzulehnen.

Erich Feller, Münsingen (BDP). Die Motionäre verlangen, der RKGK beizutreten. Viel Wichtiges haben die Vorredner schon gesagt, das möchte ich nicht wiederholen. Uns ist die Bedeutung der Vielfältigkeit des alpinen Raums im Kanton Bern bewusst. Im September 2004 haben wir, wie bereits gehört, ein gleiches Begehren im Grossen Rat abgelehnt. Wir sind der Meinung, in der Zwischenzeit habe sich die Ausgangslage nicht wesentlich verändert. Sicher ist eine interkantonale Zusammenarbeit wichtig. Der Kanton Bern ist in verschiedenen Gremien vertreten, in denen grenzüberschreitende Zusammenarbeit möglich ist und auch praktiziert wird. Wir sind der Meinung, die interkantonale Zusammenarbeit sei vor allem auf der Stufe Regierungsrat genügend breit abgestützt, um unsere Interessen vertreten zu können. Eine punktuelle Zusammenarbeit halten wir für zielführender als den Beitritt zur RKGK. Eine Mitgliedschaft würde zudem zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen binden, deren Umfang zurzeit nicht bekannt ist. Die Vorliegende Motion wird aus diesen Gründen abgelehnt.

Madeleine Amstutz, Schwanden-Sigriswil (SVP). Die Alpen sollen weit mehr sein als ein Marketinginstrument und die Identität unserer Schweiz. Der Alpenraum ist wichtig für die Volkswirtschaft; nicht nur als Ausgleichs- und Erholungsraum, sondern auch als Lebens- und Wirtschaftsraum. Die RKGK will Gesellschaft, Wirtschaft und Kulturen mit einem höheren Mass der Selbstbestimmung im alpinen Raum stärken und nicht alles zentralisieren. Der Kanton Bern hat einen grossen Alpenraum. Die Stadt und die Agglomeration sind für eine erfolgreiche Volkswirtschaft wichtig. Ebenso wichtig ist ein starker Alpenraum. Wir müssen dazu Sorge tragen und ihn unterstützen. Die RKGK beschäftigt sich mit wichtigen Themen wie Raumplanung, Tourismus, Energie, Finanzen, Verkehr und Ausserpolitik. Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt die Motion und ich bitte Sie, sie ebenfalls zu unterstützen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Liebe Anwesende, es wurde alles gesagt. Auch die glp lehnt die Motion ab.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Christoph Auer, Staatsschreiber. Der Regierungsrat lehnt diese Motion ab. Es ist richtig, was gesagt wurde: Die RKGK kann eine wichtige Plattform für die Interessen der Bergregionen des alpinen Raums sein. Es ist aber auch richtig, wie aus der früher beratenen Motion von Allmen zitiert wurde, dass der Kanton Bern zwar ein Gebirgskanton, aber eben unter anderem ein Gebirgskanton ist. Das stand damals bereits so in der Motion von Allmen. Deshalb tut der Kanton Bern aus Sicht der Regierung gut daran, sich gleich zu verhalten, wie die anderen Kantone, die sowohl Gebirgs- wie auch Mittelland- und Agglomerationskantone sind; das heisst, die Kantone Waadt, Freiburg und die anderen Kantone, die Grossrat Costa genannt hat. Der Kanton Bern hat mit der Regierungskonferenz der Gebirgskantone punktuell sehr gut zusammengearbeitet. Die Zweitwohnungsinitiative ist dafür ein Beispiel. Dort fanden Kontakte zur Regierungskonferenz statt. Man hat eng miteinander zusammengearbeitet, aber es bewährte sich, dass man nicht Mitglied dieser Konferenz war. Das Abstimmungsergebnis hat dies dann ja auch zum Ausdruck gebracht: Die Kantone, die Mitglied waren, haben sich klar gegen die Zweitwohnungsinitiative ausgesprochen, im Kanton Bern war dies nicht so. Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, es sei besser, im Einzelfall dort, wo dies sinnvoll ist, gezielt mit dieser Regierungskonferenz zusammenzuarbeiten, jedoch keine Vollmitgliedschaft einzugehen. Die Konferenz kennt keine assoziierten Mitglieder, wie dies bei anderen Regierungskonferenzen der Fall ist. Man wäre also wirklich Vollmitglied und würde sich daher hinsichtlich der Interessen etwas binden. Das wäre für unseren heterogenen Kanton nicht sinnvoll. Deshalb lehnt der Regierungsrat diese Motion ab und würde sich auch gegen ein Postulat aussprechen, sollte der Motionär den Vorstoss wandeln.

Präsident. *(Der Motionär möchte sich nochmals zu Wort melden.)* Herr Knutti, möchten Sie den Vorstoss in ein Postulat wandeln? – *(Der Motionär verneint.)* Dann kann ich Ihnen das Wort nicht mehr erteilen, denn in der reduzierten Debatte wäre ein zweites Votum nur möglich, wenn Sie wandeln würden. Wir kommen demnach zur Abstimmung über die Richtlinienmotion. Wer den Vorstoss annehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	54
Nein	69
Enthalten	7

Präsident. Sie haben die Motion abgelehnt.